

13. Beiblatt. Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 31. Jänner 1951.

207/J

Anfrage

der Abg. Neuwirth, Dr. Kraus und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend Vorsorgen für die Sicherstellung von Rohstoffen zur Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Produktion.

industriellen

Aus vielen gewerblichen und gewerblichen Betrieben Österreichs kommen beunruhigende Nachrichten, dass infolge einer immer stärker fühlbar werdenden Verknappung der Rohstoffe Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in grösserem Umfang vorgenommen werden müssen. Durch das Ansteigen der amtlich bekanntgegebenen Arbeitslosenziffer werden diese Tatsachen überdies erhärtet.

Wertvolle Rohstoffe, wie beispielsweise Eisen oder Holz, werden unserer einheimischen Veredlungsindustrie durch die derzeitige starke Forcierung des Exportes von Rohstoffen und Halbfabrikaten entzogen und dadurch auch die für den Inlandsmarkt benötigte Produktion an Konsumgütern diverser Art empfindlich gedrosselt.

So sehr auch der Export unserer Rohstoffe aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus und vor allem aus devisenpolitischen Gründen notwendig und zweckmässig sein mag, werden doch durch eine allzu einseitige Handhabung dieser Wirtschaftspolitik die Gesamtinteressen schwerstens in Mitleidenschaft gezogen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

Anfrage:

1.) Ist die Regierung bereit, durch geeignete wirtschaftspolitische Massnahmen Vorsorge zu treffen, wodurch in Zukunft unsere gewerblichen und industriellen Betriebe in die Lage versetzt werden, eine uneingeschränkte und kontinuierliche Produktion aufrechtzuerhalten, damit auch die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Versorgung des Inlandsmarktes gewährleistet sind?

2.) Ist die Regierung bereit mitzuteilen, welcher Art diese Massnahmen sein werden?